



Integration im Umbruch

In der Integrationspolitik ist zurzeit einiges im Wandel. Im September 2006 haben die Stimmberechtigten mit einer Zweidrittelmehrheit das neue Ausländergesetz angenommen und damit auch der Integration neues Gewicht gegeben: Diese wird nun ausdrücklich zur Staatsaufgabe. Das führt zu zahlreichen Neuerungen in der Integrationspraxis, angefangen von der Informationspflicht der Behörden für die Zugewanderten bis hin zu zahlreichen Massnahmen im Bereich Arbeitsmarkt und Berufsbildung. Zudem wird künftig die Integrationsförderung von anerkannten Flüchtlingen, vorläufig Aufgenommenen und den übrigen Migrantinnen und Migranten besser aufeinander abgestimmt. Ende Jahr läuft das gegenwärtige Schwerpunktprogramm des Bundes für die Integrationsförderung aus, und für die Jahre 2008 bis 2011 ist ein neues Schwerpunktprogramm beschlossen. Im Kanton Luzern wird der Integrationsbeauftragte in die neue Fachstelle Gesellschaftsfragen integriert.

In dieser Umbruchsphase ziehen wir im *Blickpunkt Integration* eine Zwischenbilanz über das in der kantonalen Integrationspolitik Erreichte. Die Integration der Zugewanderten ist grundsätzlich erfolgreich – dies wird im

Integrationsbericht des Bundes festgestellt, und wir sehen es auch im Kanton Luzern. Integration findet im Alltag statt, meistens sehr unspektakulär. Das können wir an einem Beispiel aufzeigen: Vor fünf Jahren hat der *Blickpunkt Integration* über das Projekt "Zusammen leben in Geuensee" berichtet. Nun haben wir in Geuensee nachgefragt und festgestellt, dass vieles aus dem Projekt im Gemeindeleben fest etabliert werden konnte. Was dies im Hinblick auf die Integration bewirken kann, hat eine Türkin eindrücklich zusammengefasst: "Den ersten Schritt habe ich gemacht. Dann bekam ich zwei weitere geschenkt." Dieses Beispiel zeigt, dass erfolgreiche Integration ein zweiseitiger Prozess ist, an dem die Aufnahmegesellschaft ebenso beteiligt ist wie die Zugewanderten. Auch in vielen andern Projekten wurde wertvolle Arbeit geleistet, und zahlreiche Zugewanderte konnten über Sprachkurse oder andere Angebote ihre Integration in unserer Gesellschaft stärken. Diese Erfahrungen ermutigen, den begonnenen Weg in den neuen Strukturen entschieden weiterzuführen.

Hansjörg Vogel

In den letzten Jahren ist Integration schweizweit ein wichtiges Thema geworden. Auch im Kanton Luzern hat sich viel getan. Doch die Aufgabe bleibt, der Chancengleichheit für alle ein Stück näher zu kommen.

Im Bereich der Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist in den vergangenen knapp zehn Jahren viel geschehen. Auf Bundesebene setzte die Integrationsverordnung vom Jahr 2000 erste Richtlinien. Seit 2001 werden Integrationsprojekte durch den Bund finanziell unterstützt. Vielerorts wurden Integrationsleitbilder erstellt, und inzwischen gibt es in allen Kantonen Integrationsdelegierte oder zumindest Ansprechstellen für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern.

Im neuen Ausländergesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, ist erstmals ein ganzes Kapitel der Integration gewidmet. Darin werden Bund, Kantone und Gemeinden unter anderem verpflichtet, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration zu berücksichtigen und die Integration in verschiedenen Bereichen zu fördern. Und im letzten Jahr haben alle grossen Parteien das Thema Integration aufgegriffen – wenn auch aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlicher Stossrichtung.

Chancengleichheit noch nicht verwirklicht

"Angesichts der Tatsache eines grösstenteils friedlichen und problemlosen Zusammenlebens kann die Integration der Ausländerinnen und Ausländer als erfolgreich bezeichnet werden", heisst es im Bericht "Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz", den das Bundesamt für Migration im letzten Jahr herausgab. Integration wird in diesem Bericht aber auch als Chancengleichheit

definiert. Sie gilt dann als gelungen, wenn Ausländerinnen und Ausländer in verschiedenen Bereichen die gleichen Kennzahlen aufweisen wie Schweizerinnen und Schweizer, die sich gesellschaftlich und wirtschaftlich in vergleichbaren Lebenssituationen befinden. Da listet der Bericht Defizite auf: In vielen Situationen steht die ausländische Bevölkerung schlechter da als die Schweizerinnen und Schweizer, insbesondere bei der Schul- und Berufsbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Auch ist das Armutsrisiko bei Ausländerinnen und Ausländern doppelt so hoch wie bei der einheimischen Bevölkerung, und sie erkranken öfter und fühlen sich häufiger psychisch unwohl. Als die wichtigsten Ursachen für Integrationsprobleme nennt der Bericht eine schwierige sozio-ökonomische Lage und Bildungsferne. Der Zugang zu einer Erwerbstätigkeit sei demnach die zentrale Bedingung für eine gelungene Integration. Deshalb sei die Integrationsförderung in den Bereichen Berufsbildung und Arbeitsmarkt zu stärken. Dies soll jedoch innerhalb der bestehenden Institutionen geschehen, in Berufsschulen und Betrieben. Sonderstrukturen für Ausländer seien zu vermeiden.

Erfolgreiche Projektförderung

Seit Beginn der Projektförderung durch den Bund 2001 ist die Zahl der unterstützten Projekte stetig gewachsen. 2006 gingen erstmals mehr als 800 Gesuche ein, 615 erhielten einen Beitrag aus dem Integrationskredit von 14 Millionen Franken. "Eigentlich hätten noch mehr Projekte den Anforderungen für einen finanziellen Beitrag entsprochen", schreibt die Eidgenössische Ausländerkommission in ihrem Jahresbericht. "Doch die Grenze von 14 Millionen konnte nicht überschritten werden." Alle vier Jahre werden neue Schwerpunkte der Förderung festgelegt. Im letzten Programm, das Ende dieses Jahres ausläuft, ging mehr als ein Drittel der Unterstützungsgelder an die Sprachförderung für schwer erreichbare Zielgruppen. Einen wichtigen Teil machte auch die Unterstützung von Kompetenzzentren in Kantonen und Städten aus.

14 Millionen Franken Bundesgelder für die Integrationsförderung – dies erscheint auf den ersten Blick nicht sehr viel zu sein. Bei Projekten handle es sich jedoch nur um ergänzende Massnahmen, sagt dazu Hansjörg Vogel, Integrationsbeauftragter des Kantons Luzern. Der Hauptteil der Integrationsarbeit geschehe innerhalb regulärer Strukturen, wie in den

Schulen oder in der Arbeitswelt. So habe der Bund beispielsweise für Sprachkurse in Erwerbslosenprogrammen rund 60 Millionen Franken aufgewendet. Integrationsprojekte sind laut Hansjörg Vogel aber nach wie vor wichtig. Sie brächten Tausende von Zugewanderten und Schweizerinnen und Schweizern zusammen, ermöglichten so Kontakte und Kommunikation an der Basis und leisteten grosse Arbeit im Bereich der Sensibilisierung.

Kanton Luzern: "Viel erreicht"

Im Kanton Luzern wurden im vergangenen Jahr 39 Projekte mit insgesamt gut einer Million Franken vom Bund unterstützt. Damit liegt Luzern hinter Zürich, Bern und Waadt an vierter Stelle. Gemessen an der Bevölkerungszahl wird hier also vergleichsweise viel unternommen. Als Grund dafür nennt Hansjörg Vogel die Tatsache, dass mit FABIA, Caritas Luzern und SAH Zentralschweiz hier starke, gut verankerte Fachstellen aktiv sind und dass Luzern einer der ersten Kantone war, die eine Koordinationsstelle eingerichtet haben.

"In den letzten Jahren wurde hier viel erreicht", meint Hansjörg Vogel. So hätten sich Sprachkurse für schwer erreichbare Zielgruppen gut entwickelt: Gegen 800 Personen besuchten jährlich diese Angebote. Auch die Kurse für neu Zugewanderte seien mit rund 50 Teilnehmenden pro Jahr gut gebucht. Und im Bereich Quartier- und Gemeindeentwicklung gebe es immer wieder wichtige Veranstaltungen.

FABIA und Dolmetschdienst

Der Schwerpunkt "Kompetenzzentren entwickeln" der letzten beiden Schwerpunktprogramme des Bundes hat sich im Kanton Luzern bei der FABIA und dem Dolmetschdienst ausgewirkt. Dank der Unterstützung von Bund und Kantonen konnte der Dolmetschdienst Zentralschweiz entwickelt und aufgebaut werden. Und die FABIA hat sich von einer reinen Ausländerberatungsstelle zu einer anerkannten Integrationsfachstelle entwickelt, die viel an Informations- und Vernetzungsarbeit leistet. Bei beiden Stellen ist zu hoffen, dass sich der Bund weiterhin an der Finanzierung beteiligt. Bei Projekten und Programmen, die im Rahmen der Projektförderung unterstützt werden, ist vorgesehen, dass sich der Bund am Ende des nächsten Schwerpunktprogramms zurückzieht. Wenn dies tatsächlich so durchgesetzt wird, müssen Wege gesucht



werden, wie die beiden Fachstellen ihre Dienstleistungen weiter anbieten können.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Integrationsarbeit der vergangenen Jahre hat laut Hansjörg Vogel einiges bewirkt. Zu den wichtigsten Veränderungen zählt er die Tatsache, dass Zugewanderte heute früher Deutschkurse besuchen, dass immer mehr Gemeinden im Bereich Integration aktiv geworden sind und dass die Migrantenvereine – dank der Unterstützung und Wertschätzung ihrer Projektarbeit – gestärkt wurden. Insgesamt habe sich die Situation im Migrationsbereich entschärft. In Zukunft gelte es, noch weiter auf eine echte Chancengleichheit hinzuarbeiten. Deshalb sei Integrationsarbeit vor allem bei sozial schwachen Zielgruppen von Bedeutung. "Integration ist langfristig ein gesellschaftliches Thema und nicht in erster Linie ein Ausländerproblem", stellt Hansjörg Vogel weiter fest. Deshalb gelte es, sie innerhalb der regulären staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen anzugehen und die Tätigkeiten verschiedener Institutionen noch besser aufeinander abzustimmen. Ein Schritt in diese Richtung ist die Schaffung der neuen Fachstelle Gesellschaftsfragen des Kantons Luzern, die am 4. Juli an der Rösslimattstrasse 37 ihre Büros bezogen hat. Hier wurden das Büro für Gleichstellung von Mann und Frau, die kantonale Jugendförderung, die Stelle für Familienfragen und die Koordinationsstelle für Ausländer- und Integrationsfragen zu einer Fachstelle vereint (Siehe S. 8).

Rosmarie Kayser

... wie bei der Aufgabenhilfe in Geunsee.

Bilder Rudolf Steiner

Projekte bringen Menschen zusammen: Am Midnight Basket in Emmen genauso...



Vor sechs Jahren hat die Gemeinde Geuensee in Zusammenarbeit mit der Caritas Luzern das Projekt "Zusammen leben in Geuensee" durchgeführt – mit bleibendem Erfolg.

"Ich denke, das Projekt hat das Verständnis für die Migrantinnen und Migranten in der Gemeinde gestärkt", sagt Pia Sax, seit 1991 Sozialvorsteherin in Geuensee. Von den rund 2200 Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde ist knapp ein Viertel ausländischer Herkunft. Viele von ihnen leben in derselben grösseren Überbauung mit älteren Wohnblocks. "Wir haben dort nie Probleme", sagt Pia Sax. Es sei nichts Spektakuläres, was in Geuensee passiert sei, meint sie. Aber man spüre, man sei einen Schritt weitergekommen.

Zusammen leben in...

Das Projekt "Zusammen leben in Geuensee" war ein Pilotprojekt der Caritas Luzern. Danach wurde es in fünf weiteren Gemeinden oder Quartieren durchgeführt, zum Teil mit weiterführenden Projekten. Caritas Luzern bietet es weiterhin interessierten Gemeinden an. Mehr Infos unter: www.caritas-luzern.ch/integration

Projekte haben Bestand

Im Zentrum des Projektes im Jahr 2001 standen vier grosse Gesprächsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern der sechs wichtigsten Sprach- und Kulturgruppen. Dort wurde die Grundlage gelegt für verschiedene weiterführende Projekte. Damals ist auch das Gesprächsforum entstanden – eine Gruppe von Zugewanderten, Einheimischen und Vertretungen des Gemeinderats. Noch immer trifft sich diese Gruppe rund alle zwei Monate, um anstehende Themen zu besprechen und Aktivitäten zu planen. Und vieles, was damals initiiert wurde, ist heute fester Bestandteil im Gemeindeleben, wie Ursula Strebels, Schweizer Mitglied des Forums, erklärt. So gibt es immer an der traditionellen Chilbi ein "Zelt der Kulturen", das von Zugewanderten geführt wird. In Zusammenarbeit mit der FABIA werden Deutschkurse für Frauen angeboten; dazu werden neu zugezogene Frauen persönlich eingeladen. In der Schule nehmen etwa zehn Kinder Nachhilfeunterricht in Anspruch, der von älteren Schülerinnen und Schülern für ein kleines Entgelt geboten wird. Auch die Übersetzung wichtiger Informationen von Gemeinde und Schule ist organisiert – eine Gruppe von Freiwilligen leistet bei Bedarf diese Arbeit. Das Fussballturnier für Schüler und Erwachsene, das ebenfalls damals gestartet wurde, haben inzwischen Jugendvereine übernommen. Die Integrationsarbeit wird von der Gemeindebevölkerung sehr geschätzt. So hat sie im vergangenen

Jahr den Anerkennungspreis der Gemeinde von 1000 Franken der Gruppe vom Gesprächsforum zugesprochen.

Zugewanderte fühlen sich wohl

"In Geuensee sind die Leute freundlich, ich fühle mich gut hier", sagt Gülay Korkmaz. Und sie spüre, dass sich auch andere Ausländerinnen und Ausländer in der Gemeinde wohl fühlten. Die Türkin lebt mit ihrem Mann und dem Sohn seit fünf Jahren in der Schweiz, seit 2004 in Geuensee. Im ersten Jahr hatte sie wenig Kontakte ausserhalb der Familie. Als sie sich dann für einen Deutschkurs interessierte, lernte sie Ursula Strebels vom Gesprächsforum kennen. "Den ersten Schritt habe ich gemacht", sagt sie heute. "Dann bekam ich zwei weitere Schritte geschenkt." Den Deutschkurs besuchte sie schliesslich nicht in der Gemeinde. Doch sie begann, bei verschiedenen Anlässen mitzuhelfen, und nun ist sie auch im Gesprächsforum mit dabei. Dieses sei ihr sehr wichtig, da lerne sie viel über das Dorf und über das Leben hier, sagt sie. Und wenn sie sich irgendwo zusammen mit andern Menschen engagieren könne, gebe ihr das Kraft und Energie.

Am Bewährten weiterarbeiten

"Wir wollen keine Vorzeigegemeinde sein", meint Sozialvorsteherin Pia Sax. "Auch wir haben in der Schule ab und zu die üblichen Schwierigkeiten, und die Bevölkerung steht nicht einfach mit offenen Armen da, um möglichst viele Migrantinnen und Migranten nach Geuensee zu holen." Doch die Integrationsarbeit zeige immer wieder "Lichtblicke". So seien alle Kinder in der Gemeinde vor dem Kindergarten mindestens ein Jahr in der Spielgruppe – weil die Mitglieder des Gesprächsforums bei allen Familien vorbeigingen und ihnen dies persönlich ans Herz legten. Damit gelinge vor allem den Kindern aus zugezogenen Familien der Schuleintritt viel leichter. An der Chilbi sei das Zelt der Kulturen genauso integriert wie die Guuggenmusik und andere einheimische Vereine. Und bei Einbürgerungen, die an der Gemeindeversammlung mit offenem Hand mehr beschlossen werden, gebe es immer wieder Gemeindegewanderten und -bürger, die sich offen für die Antragstellenden einsetzten. "Nun gilt es, am Bewährten weiterzuarbeiten", sagt Pia Sax. Zurzeit sei man daran, familienergänzende Betreuungsangebote aufzubauen. *Rosmarie Kayser*

Aktivitäten der Integrationskommission von Wolhusen haben dem Türken Yusuf Gelic geholfen, Kontakte zur einheimischen Bevölkerung zu knüpfen. Nun lebt er gern in der Gemeinde.

Zum Gespräch hat Yusuf Gelic in das kleine, neu eingerichtete Schneider-Atelier an der Bahnhofstrasse in Wolhusen geladen. Hier hofft er, bald eine Anstellung zu haben. (Zum Zeitpunkt des Gesprächs waren noch nicht alle Formalitäten dazu erledigt.) Mit dabei ist Hülya Narmann, ebenfalls Türkin, die seit 1983 hier lebt und als "Schlüsselperson" im Auftrag der Integrationskommission ihrem Landsmann bei Bedarf beisteht. In einfacheren Angelegenheiten kann sich Yusuf Gelic gut auf Deutsch verständigen, aber für ausführlichere Gespräche reichen seine Sprachkenntnisse nicht aus. Doch seit seiner Ankunft in Wolhusen vor fünf Jahren hat er grosse Schritte Richtung Integration getan.

Kaum Kontakte in der Gemeinde

"Die ersten anderthalb Jahre kannte ich hier überhaupt keine Leute", sagt Yusuf Gelic. Er war 2001 mit seiner Frau und einer Tochter als Asylbewerber in die Schweiz gekommen, ein Jahr später zog die Familie nach Wolhusen. 2002 hatte er eine Stelle in einem Holzbaugeschäft; diese musste er aber nach ein paar Monaten wieder aufgeben – seine Frau war schwanger, hatte Komplikationen, und Yusuf Gelic musste sich um die Familie kümmern. Danach fand er keine Arbeit mehr. "Neben der Familie bestand mein Tag aus fernsehen, spazieren, essen, schlafen", erzählt er. Erst allmählich hätten sie ein paar andere türkische Familien kennengelernt.

Mit der Modeschau fing es an

Zu ersten guten Kontakten mit der Wolhuser Bevölkerung verhalf ihm ein Projekt der Integrationskommission. Diese führte vor zwei Jahren eine Kulturwoche durch, und als ausgebildeter und erfahrener Schneider wurde Yusuf Gelic angefragt, bei der Vorbereitung einer Modeschau mitzuarbeiten. Da führte er während rund eines Jahres zusammen mit einer Schweizer Schneiderin ein Nähatelier für Jugendliche, wo er unter anderem besondere Latzhosen für sie herstellte. Anfänglich waren die jungen Wolhuserin-



nen und Wolhuser dem türkischen Schneider gegenüber etwas skeptisch und zurückhaltend. Doch dann lernten sie sein Talent schätzen. Während der Kulturwoche präsentierte er dann auch zusammen mit seiner Tochter traditionelle türkische Festtagskleider. Damit war sein Einstand als Schneider in Wolhusen gelungen. Später leitete er in einem Schulprojekt ein Nähatelier. Und seither kommen immer wieder Leute, besonders Jugendliche, mit kleinen Aufträgen zu ihm; meist führt er diese gratis aus oder gegen ein symbolisches Entgelt. Nach der Kulturwoche beteiligte sich die Familie Gelic auch mit einem Esstisch am Weihnachtsmarkt, und für ein halbes Jahr war Yusuf Gelic beim Elternrat der Schule dabei.

Der Wunsch: hierbleiben

Die Integrationskommission der Gemeinde habe ihm sehr geholfen, meint Yusuf Gelic. "Heute geht es mir tiptopp hier", sagt er. "Ich kenne jetzt viele Leute." Einzig die mangelnden Sprachkenntnisse hinderten ihn etwas bei spontanen Kontakten auf der Strasse. Bisher fehlten ihm Ruhe und Sicherheit, sich intensiv mit dem Deutschlernen zu befassen. Die Arbeitssuche hatte immer erste Priorität. Nun hofft Yusuf Gelic, dass es klappt mit der Arbeit im neuen Atelier. Dann werde er sicher auch die Sprache leichter lernen, meint er. Und sein grösster Wunsch ist, dass die Familie in der Schweiz bleiben kann. Er möchte nicht mehr weg von Wolhusen. Doch der definitive Asylentscheid steht noch aus.

Rosmarie Kayser

Yusuf Gelic mit seiner jüngeren Tochter im Atelier in Wolhusen.

Bild Rudolf Steiner

Integrationskommission

Die Integrationskommission Wolhusen besteht aus Personen der Kirche, der Jugendarbeit und der ausländischen Bevölkerung. Sie organisiert verschiedene Anlässe in der Gemeinde, führt in Zusammenarbeit mit der FABIA Deutschkurse durch, organisiert heimatssprachlichen Unterricht für die ausländischen Kinder und sorgt für Übersetzungen der wichtigsten Gemeindeformen. Zudem bildet sie Schlüsselpersonen aus: Zugewanderte, die schon länger in der Gemeinde leben und ihren Landsleuten in verschiedenen Situationen beistehen.

Zwischen politischen Äusserungen und konkreter Integrationsarbeit besteht ein grosser Unterschied, meint Walter Schmid. Und: Die Diskussion über Integration könne gar nie zu Ende gehen-



Dr. Walter Schmid ist Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern und Vizepräsident der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA).

Bild Rudolf Steiner

Blickpunkt: Die Bedeutung der Integration scheint nun allgemein anerkannt zu sein – alle grossen Parteien haben das Thema aufgegriffen. Eine positive Entwicklung?

Walter Schmid: Dass die Integration als gesellschaftliche Aufgabe erkannt wird, ist sicher positiv. Das hat jedoch auch mit der wirtschaftlichen Situation zu tun: Die Konjunktur läuft gut, wir brauchen Arbeitskräfte, da ist es auch im Interesse der Wirtschaft, zur Integration ja zu sagen. Aber man muss schon genau hinhören, was im politischen Diskurs zur Integration heute gesagt wird. In den vergangenen Jahren ist man sich bewusst geworden, dass der Staat die integrationsfördernden Rahmenbedingungen schaffen muss, dass aber auch die Zugewanderten selber Anstrengungen zur Integration leisten müssen, ganz im Sinne von: Fördern und Fordern. Unter dem Druck rechtspopulistischer Strömungen findet nun aber eine Wende statt. Die Forderungen an die Zugewanderten stehen im Vordergrund. Nach Ansicht vieler gelten nun die Integrationsbemühungen der Migrantinnen und Migranten als Vorleistungen für ein allfälliges Entgegenkommen des Staates.

Wie wirkt sich diese politische Diskussion auf die Integrationsarbeit aus?

Es gibt einen grossen Unterschied zwischen dem politischen Integrationsdiskurs und der Integrationsrealität. Der Diskurs ist oft banal, ideologisch besetzt, immer gleich und ohne Lerneffekt. Die konkrete Integrationsarbeit hingegen ist viel dynamischer und vielschichtiger. Vieles geschieht in den Schulen, am Arbeitsplatz, in den Quartieren, fernab aller Ideologie. Hier ist der politische Einfluss glücklicherweise eher beschränkt. Und diese Integrationsarbeit ist über das Ganze gesehen sehr erfolgreich. Die Schweiz hat eine sehr grosse Integrationskraft. Das relativ friedliche Zusammenleben so vieler unterschiedlicher Gruppen belegt das.

In welche Richtung läuft die konkrete Integrationspolitik zurzeit?

Heute geht es in erster Linie darum, bestehende Integrationshemmnisse abzubauen und darum, den Zugewanderten Zugang zu den normalen öffentlichen Diensten und Gütern – vor allem zur Bildung – zu verschaffen. Spezielle Angebote für Ausländer sollten

dabei die Ausnahme sein. Diese Entwicklung begrüsse ich sehr. Noch zu wenig beachtet wird das Potenzial, das die Ausländerorganisationen für die Integration einbringen können. Hier sollte man Initiativen stärker honorieren und Strukturen unterstützen.

Im neuen Schwerpunktprogramm des Bundes fällt die Unterstützung kleiner Projekte, die das Zusammenleben fördern, weg. Weshalb?

Das Schwerpunktprogramm wird neu durch das Bundesamt für Migration gemacht und vom zuständigen Departement Blochers verabschiedet. Wir von der Eidgenössischen Ausländerkommission haben da keinen Einfluss mehr. Neu werden die Kleinprojekte nicht mehr gesondert erwähnt. Es liegt nun in der Verantwortung der Kantone, solche zu fördern und die Ausländerinnen und Ausländer am Programm zu beteiligen. Es wäre ein grosser Verlust, wenn es diese Projekte nicht mehr gäbe, denn die Kleinprojekte waren es, die in den vergangenen sieben Jahren die Integrationsarbeit bis in die letzten Quartiere und Dörfer gebracht und die Menschen zu ihrem oft ehrenamtlichen Engagement ermutigt haben.

Über das Ganze gesehen entsteht der Eindruck, dass Integration vor allem die Ausländerinnen und Ausländer betrifft. Was wird denn von der Schweizer Bevölkerung gefordert?

In diesem Bereich besteht tatsächlich grosser Nachholbedarf. Man sagt zwar, die Integration sei ein gegenseitiger Prozess, doch in der politischen Diskussion nennt man nur die eine Seite. Die Verantwortungsträger müssten auch einmal thematisieren, was von der einheimischen Bevölkerung erwartet wird bezüglich Verständnis und Offenheit. Und die Ausländerorganisationen sollten formulieren können, was ihnen wichtig ist. Dabei stellt sich die Frage immer wieder neu, denn die Zugewanderten ändern sich, auch wir ändern uns; die Jungen sind heute beispielsweise selbstbewusster und wollen sich nicht durch politische Parteien vereinnahmen lassen. Deshalb kann die Diskussion gar nie zu Ende gehen. Erst in einer total homogenen Gesellschaft wäre Integration kein Thema mehr. So eine Gesellschaft wäre aber sehr langweilig, eigentlich tot.

Interview: Rosmarie Kayser

Das Schwerpunktprogramm des Bundes umfasst nur noch drei statt wie bisher fünf Bereiche. Für die Projektförderung sind nun in erster Linie die Kantone zuständig.

Das Schwerpunktprogramm für die Integrationsförderung des Bundes für die Jahre 2008 bis 2011 bringt verschiedene grundlegende Änderungen. Es ist im Zusammenhang mit dem Integrationsverständnis des neuen Ausländergesetzes zu sehen, das die Hauptarbeit der Integrationspraxis in den regulären öffentlichen Institutionen sieht. Der Bund wird etwa vierzig Massnahmen für verschiedene Stellen der öffentlichen Hand vorschlagen, die vor allem den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Berufsbildung betreffen. Für die speziellen und ergänzenden Massnahmen, die im Schwerpunktprogramm definiert sind, engagiert sich der Bund voraussichtlich mindestens in gleichem Mass wie in den letzten Jahren (14 Millionen Franken pro Jahr). Die Verwaltung der Integrationsförderung geht von der Eidgenössischen Ausländerkommission an das Bundesamt für Migration über, das dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement untersteht. Neu gibt es nur noch die folgenden Schwerpunkte:

1. Sprache und Bildung

Im Schwerpunkt 1 werden Angebote finanziell unterstützt, welche die Anwendung der Sprache im Alltag und die Kommunikation zwischen Einheimischen und Zugewanderten fördern. Auf der Grundlage von ausgewählten Pilotprojekten soll auch die sprachliche Frühförderung der Kinder unter Einbezug der Eltern vorangetrieben werden. Das Bundesamt für Migration unterstützt in diesem Bereich keine einzelnen Projekte, sondern schliesst mit interessierten Kantonen Programmvereinbarungen ab, welche Art, Umfang, Finanzierung und Qualität des Angebots umfassen. Es ist Aufgabe der Kantone, mit Partnern im Bildungsbereich entsprechende Programme vorzubereiten.

2. Fachstellen Integration

Der Bund unterstützt mit Leistungsverträgen auch im neuen Schwerpunktprogramm den Aufbau von Fachstellen wie Ausländerdiensten und Vermittlungsstellen für interkulturelle Übersetzerinnen und Übersetzer. So werden die FABIA und der Dolmetschdienst Zentralschweiz der Caritas Luzern auch in den näch-

ten vier Jahren mit solchen Leistungsverträgen arbeiten können. In dieser Zeit soll die Ablösung dieser Fachstellen von Bundesgeldern geprüft und anschliessend vollzogen werden.

3. Modellvorhaben Integration

In diesem Schwerpunkt unterstützt der Bund Projekte zur Entwicklung der Integrationspraxis und der Qualität. Das Bundesamt für Migration kann auch selber Pilotprojekte und die Erarbeitung von fachlichen Grundlagen anregen. Dadurch sollen Erkenntnisse von gesamtschweizerischer Bedeutung gewonnen und Bereiche gefördert werden, die ein hohes Integrationspotenzial haben (z.B. Pilotprojekte zur Frühförderung).

Übergangsjahr 2008

Im neuen Schwerpunktprogramm sind Kleinprojekte nicht mehr enthalten. Sie werden nur noch Bundesbeiträge erhalten können, wenn sie in den kantonalen Programmen im Schwerpunkt Sprache und Bildung aufscheinen.

Die Kantone brauchen Zeit, um die Programmvereinbarung mit dem Bund vorzubereiten. Sie müssen zunächst ein entsprechendes Sprachförderungsprogramm entwickeln. So können die Vereinbarungen erst auf Anfang 2009 abgeschlossen werden. Im Übergangsjahr 2008 werden deshalb die Projekte im bisherigen Schwerpunkt A (Sprachförderung) in gleichem Umfang wie bis anhin weitergeführt. Für Kleinprojekte im bisherigen Schwerpunkt C gibt der Kanton eine Ausschreibung mit den genauen Kriterien, Rahmenbedingungen und Fristen heraus. Um Unterstützung zu erhalten, müssen sie sich im engeren oder weiteren Sinn der Sprachförderung widmen. Für diese Projekte ist neu einzig der Kanton zuständig. Er kann aber sowohl kantonale als auch Bundesbeiträge vergeben. Die Integrationsförderung des Kantons hat sich in den ersten beiden Schwerpunktprogrammen bisher an die Schwerpunkte des Bundes gehalten. Da nun wichtige Bereiche der Integrationsförderung nicht mehr berücksichtigt sind, wie zum Beispiel Gemeinde- oder Quartierentwicklungsprojekte und die Öffnung der Institutionen, muss der Kanton selber Kriterien entwickeln, wie er im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten über die Förderschwerpunkte des Bundes hinaus Angebote unterstützen kann.

Hansjörg Vogel

Information

Auskunft über die konkreten Möglichkeiten der Projektförderung erteilt die FABIA, Tribschenstrasse 78, 6005 Luzern.
www.fabialuzern.ch



Von der Koordinationsstelle für Integrationspolitik zur Fachstelle Gesellschaftsfragen

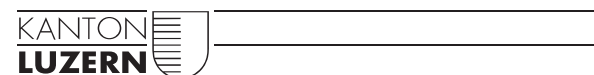
Seit dem 1. Juli 2007 gibt es die neue kantonale Fachstelle Gesellschaftsfragen. Darin wurden das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, die Jugendförderung, die Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik sowie die Stelle für Familienfragen zusammengeführt. Diese vier bisherigen Kleinstellen können so ihre Aktivitäten besser koordinieren und in enger Zusammenarbeit auf das gemeinsame Ziel hinarbeiten: Chancengerechtigkeit und Integration.

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen ist eine Abteilung des erweiterten kantonalen Sozialamtes, das neu Dienststelle Soziales und Gesellschaft heisst. Sie steht unter der Leitung von Hansjörg Vogel und wird von acht Personen mit insgesamt gut 450 Stellenprozenten betreut. Es sind die gleichen Personen, die bisher die Kleinstellen betreuten; die Ansprechpersonen für die einzelnen Bereiche sind also dieselben, und sie sind weiterhin unter ihren bisherigen Telefonnummern und E-Mail-Adressen erreichbar. Ihre erste Aufgabe ist es nun, Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Denn künftig sollen die gesellschaftspolitischen Handlungsfelder des Kantons wie Gleichstellung von Frau und Mann, Kind und Familie, Jugend, Alter, Behinderung und Integration der Zugewanderten vernetzt behandelt werden. Die Fachstelle Gesellschaftsfragen koordiniert Aktivitäten innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, beobachtet Entwicklungen und unterbreitet Vorschläge für Kampagnen und Projekte.

Für alle erwähnten Handlungsfelder gab es bisher kantonale Kommissionen, die den Regierungsrat in ihrem Thema beraten haben. Diese sieben Kommissionen – darunter auch die kantonale Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik – werden aufgelöst und durch eine Kommission für Gesellschaftsfragen abgelöst, die Ende Jahr ihre Tätigkeit aufnehmen soll. Für die kantonale Integrationspolitik ist die neue Fachstelle eine Chance. Die Perspektive der Zugewanderten kann auf diese Weise in den verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen besser eingebracht werden. Dies entspricht dem Integrationsverständnis des neuen Ausländergesetzes: Die Anliegen der Integration bei der Erfüllung aller staatlichen Aufgaben zu berücksichtigen.

Die kantonale Ansprechstelle Integration ist neu unter folgender Adresse zu erreichen:

**Fachstelle Gesellschaftsfragen, Integration, Hansjörg Vogel,
Rösslimattstrasse 37, 6002 Luzern**



Impressum

<i>Herausgeber</i>	Angelina Providzalo, Mitarbeiterin Integration Stadt Luzern
Hansjörg Vogel	
Fachstelle Gesellschaftsfragen	<i>Gestaltung</i>
Integration, Rösslimattstrasse 37, 6002 Luzern	Atelier Soda, Ethel Brüttsch, Luzern
Tel. 041 228 61 77 / Fax 041 228 51 76	<i>Druck</i>
E-Mail: hansjoerg.vogel@lu.ch	Brunner Druck, Kriens
<i>Redaktion</i>	<i>Erscheinungsweise</i>
Rosmarie Kayser, Luzern	2 bis 4x jährlich
<i>Redaktionsgruppe</i>	Das Abonnement ist kostenlos. Bestellungen und Adressänderungen können an die
Teresa Artacho, ECAP	Fachstelle Gesellschaftsfragen gerichtet werden.
Emina Kovacevic, SAH	<i>Redaktionsschluss Nr. 18</i>
Pierrette Malatesta, FABIA	22. November 2007
Urs Odermatt, Caritas Luzern	

Weisheit dank Migration

Abu Ali Sina (980-1037) war Physiker, Philosoph, Wissenschaftler und der berühmteste persische Arzt überhaupt. In seinem 18. Lebensjahr wurde er bereits Leibarzt des Königs und grösster Wesir seiner Zeit. Er war von Persien bis Äthiopien und Rom als angesehener Wissenschaftler und Philosoph bekannt. Seine Lehre und seine Bücher werden bis heute weltweit an unterschiedlichen Universitäten studiert. Ibn Sina, wie er auch genannt wird, musste aufgrund der Umstände innerhalb des grossen Persischen Reiches vom heutigen Usbekistan nach Afghanistan und später nach Iran auswandern. Er schrieb in seinen Schriften, die Migration, die er als Kind erlebte, habe ihn nicht nur mit neuen Menschen und neuen Umgebungen vertraut gemacht, sondern ihm auch ermöglicht, neue Lehrer kennenzulernen und neues Wissen zu erwerben. Schon die Beobachtung der Sterne in den Nächten zeige ihm, wie unterschiedlich verschiedene Perspektiven sein könnten, schrieb er. So habe er seine Philosophie der Multiperspektivität und Relativität entdeckt.

Nachdem er in seinem 18. Lebensjahr den Ruf des Medicus erworben hatte, wurde Ibn Sina Leibarzt des samanidischen Herrschers Nuh Ibn Mansur. Der Herrscher war neugierig, das Geheimnis seines Erfolges zu erfahren. Er rief alle seine Minister und Wesire zu einem Fest zusammen, um den jungen Medicus zu feiern. Auch lud er Tausende Gäste aus Rom, Ägypten, dem Osmanischen Reich, Äthiopien, Portugal und Spanien ein, um das Genie der Zeit hoch zu loben. Zur Eröffnung des Festes fragte der Herrscher Ibn Sina, was das Geheimnis seines Erfolges und seiner Klugheit sei. Ibn Sina hielt kurz inne und antwortete dann: "Meine Hoheit, mein Wissen verdanke ich der Migration. Jahr für Jahr traf ich neue Menschen und lernte neue Umgebungen kennen. So konnte ich mein Wissen stetig erweitern. Wäre ich in meinem Heimatort geblieben, würde ich heute nicht vom Herrscher gelobt!"

Für weitere Informationen:

http://de.wikipedia.org/wiki/Abu_Ali_Ibn_Sina

*Morris Setudegan
Socialmanager MA
Dozent FHNW*